

Warnung vor Einschnitten

EU erörtert Rabatte für stromintensive Betriebe / DIHK sieht Gefahr von Insolvenzen

DÜSSELDORF. Viele Unternehmen in NRW blicken angstvoll nach Brüssel. Ein mögliches Beihilfeverfahren der EU wegen der Ökostromrabatte würde vor allem das Energieland NRW treffen. Wirtschaftsminister Garrelt Duin (SPD) fürchtet um Zigtausende Arbeitsplätze an Rhein und Ruhr.

Die EU-Kommission will heute ein Verfahren wegen unerlaubter staatlicher Beihilfen gegen Deutschland einleiten. Brüssel kritisiert, dass das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) Ökostrom besonders fördert und Industriebetrieben, die viel Strom verbrauchen, Nachlässe gewährt. Solche Rabatte hält die EU-Kommission für wettbewerbswidrig. Kommt sie am Ende des Verfahrens zu dem Ergebnis, dass es sich um ungerechtfertigte Vorteile handelt, müssten Firmen diese Gelder zurückerzahlen.

Die Wirtschaftsvereinigung

Stahl bekräftigte in einer Mitteilung: „Die Härtefallregelung ist erforderlich, um Wettbewerbsnachteile der energieintensiven Industrien gegenüber Ländern ohne vergleichbare Kosten auszugleichen.“

Rückstellungen nötig

Bei der Eröffnung eines Verfahrens müsse nicht sofort gezahlt werden, erläuterte Duin. Allerdings müssten die Unternehmen, je nach Prüfmitteilung der EU, Rückstellungen in ihre Bilanzen einstellen. Im Extremfall könnte die Kommission dabei bis zum Jahr 2000 zurück rechnen, als das EEG erstmals in Kraft trat oder bis 2012, als weitere Erleichterungen beschlossen wurden. Dies könne für viele Unternehmen zur Existenzfrage werden.

Betroffen sind vor allem die Branchen Chemie, Kunststoff, Gummi, und Metall, aber auch das Ernährungsgewer-

be, Textil, Papier, Holz, Zement, Glas und Schienenbahnen. SPD und Grüne sind sich in der Bewertung der Rabatte nicht einig. Während die SPD um ihre Landesvorsitzende Hannelore Kraft auch weiterhin Sonderregelungen für energieintensive Branchen fordert, zweifeln die Grünen die Berechtigung in vielen Fällen an – etwa Vergünstigungen für die Zement-, Bergbau- und Textilindustrie.

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) warnt unterdessen vor dem Verlust der internationalen Wettbewerbsfähigkeit deut-

scher Unternehmen, falls die Strompreis-Rabatte wegfallen würden. „Der Wegfall der besonderen Ausgleichsregelung würde für viele energieintensive Unternehmen in Deutschland das Ende ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit bedeuten“, erklärte DIHK-Präsident Eric Schweitzer gestern. Mögliche Rückzahlungen liefen allein für 2013 auf mehr als vier Milliarden Euro hinaus, warnte Schweitzer. „Verlagerungen ins Ausland, der Verlust von Arbeitsplätzen und Insolvenzen wären die Folge“, sagte er. dpa/AH

397 Unternehmen in NRW

- **In NRW** werden 397 Unternehmen von der allgemeinen Ökostrom-Umlage entlastet.
- **Die Rabatte** verteilen sich wie folgt (Branche: Anzahl Unternehmen/Selbständige Unternehmensteile): Chemie 37,

Papier 24, Nichteisenmetalle 17 Roheisen/Stahl 7, Metallherzeugung/-bearbeitung 39, Schienenbahnen 17, Zement 9, Holzgewerbe 13, Ernährung 40, Textil 9, Kunststoff/Gummi 61, Glas 9, Sonstige 115.